

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 233 Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und umliegende Bezirke monatlich Mk. 6,00, vierteljährlich Mk. 18,00 frei Haus. Durch die Post bezogen zugunlich postal. Bezugsz. **Morgen-Ausgabe** **Anzeigenpreis:** Die Spalte 36 mm breit, 10 mm hoch für 10 A. Die Spalte 20 mm breit, 10 mm hoch für 5 A. Aben nach Cassi, Erklärungen S. 10. **Sonabend, 5. Juni** **Schäftsstelle Berlin:** Fernburger Str. 80. Fernruf Nr. 4290. **Eigent. Berliner Schriftleitungs-Verlag und Druck von Otto Ehle, Halle-Saale**

Neueste Tagesnachrichten

* „Daily Mail“ meldet aus Paris, daß die Justizkommission des Allierten Rates die zweite Hälfte der dem Deutschen abzurufenen Kriegsverbrecher am Montag festgesetzt hat. Sie enthält 50 Namen.

* Nach einer Neuentwertung ist der Betrag des englischen Anlehens für den wirtschaftlichen Aufbau in Belgien, Frankreich und der belgischen Staaten vorläufig auf 10 Millionen Pfund festgesetzt worden.

* Am freien Handelsverkehr ist in Genf am Dienstag die deutsche Partei weit über die 50 Prozent-Mehrheit bis auf 28 und 30 Prozent gestiegen, was die bisherige partielle Behebung seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages.

* Die Reichswehrorganisationen der sechs westdeutschen Departements leiteten in einer gemeinsamen Sitzung ein Zusammenarbeiten mit französischen Arbeitern im Lieberknechtgebiet ab.

* Brussilow soll wegen der hohen Verluste beim Rückzug aus dem Westfrontgebiet abgesetzt worden sein.

Verhandlungen über eine neue Resolution einsetzt werden, um am 15. Juni schon mit bestimmten Vorläufen an den Reichspräsidenten heranzutreten zu können. Die Wahl des Reichspräsidenten ernennt man bereits in nächster Zeit; den Zeitpunkt hat der neue Reichstag zu bestimmen.

Brussilow abgesetzt?

h. Warschau, 4. Juni.
Es lautet, daß General Brussilow von der Sowjetregierung abgesetzt und verhaftet worden ist wegen der hohen Verluste, die das Heer bei dem Heberzug über die Weichina, zu dem er vorher nicht ermächtigt war, erlitten hat.

Polen ruft nach französischer Hilfe

Warschau, 4. Juni.
Nach zuverlässigen Meldungen hat Polen in der letzten Woche in Paris einen Schritt zur Veranlassung einer Intervention in Frankreich zu machen. Das Ziel ist die Bekämpfung der Sowjetmacht. Es soll offen gesagt werden, daß Polen sich höchstens noch bis Ende Juni halten könne. Treffe sich dahin nicht frühe Hilfe ein, so werde die Offensive völlig aufzugeben. Das würde aber nicht nur die polnische Armee, sondern auch die polnische Bevölkerung in Gefahr bringen, da die Sowjetmacht sich bis zum Rhein vorwärts bewegen würde. Frankreich soll zugesichert werden, daß es so reich als möglich 100.000 Mann vorwiegend infanterie Truppen zur Verfügung stellen wolle. Es sei beabsichtigt gewesen, diese auf englischen Schiffen nach Danzig zu bringen und von dort an die Front. England habe jedoch die Forderung der Tonnage abgelehnt mit Rücksicht auf die Stellungnahme der Seemächte, die den Transport verweigern. Nun soll versucht werden, die Zustimmung Deutschlands für den Durchmarsch der französischen Truppen zu erwirken, doch zweifelt man daran, daß man diese bekommen wird.

Der Presschef als Volksaufreizer

h. Berlin, 4. Juni.
In der Pressekonferenz bei der Regierung in Berlin ist ein ganzes Handbuch verlesen worden. Das „Berliner Tageblatt“ hat bekanntlich ungeheuerliche Forderungen und gegenrevolutionäre Truppenbewegungen in der unmittelbaren Umgebung von Berlin gebracht, insbesondere über die angebliche Anbahnung kaiserlicher Truppen in Potsdam. Auf die Forderung eines Generals dieses Reiches an die amtlichen Informanten der Presse, zu betonen, daß Herr Robert Breuer gehört, was über diese Dinge bei den Regierungsstellen bekannt sei, war keine Auskunft erfolgt. Das Blatt veröffentlichte gleichwohl diese Dinge und trug damit eine erhebliche Verwirrung in die an und für sich durch den Wahlkampf schon hinreichend aufgeregten Massen. Reichswehrministerum wurde dann umgehend die völlige Haltlosigkeit der Behauptungen festgestellt, und das „Berliner Tageblatt“ teilte mit, daß es sich selbst von der Verweigerung dieses Dements überzeugt habe. Jetzt wird in der Pressekonferenz festgestellt, daß der Informationschef des „Berliner Tageblatts“, der sich diese Nachrichten geliefert hat, nicht anders, als gewöhnlich, als der verantwortliche Presschef der Regierung selbst, Herr Robert Breuer, so daß sich die selbst im neuen Deutschland unmöglich sein folgende Tatsache ergibt, daß eine Regierungsstelle es sich annehmen lassen soll, vollkommen aus den Fingern zu lassen, oder in ihrer Wirkung auf ungewisse verwehrende Nachrichten in die Presse zu lancieren. Es erregt sich in diesem Augenblick, nach den Worten zu urteilen, die einem solchen Verhalten zugrunde liegen müssen; wer die Vorgänge der letzten Wochen mit offenen Augen beobachtet hat, wird scheinbar in Bilde sein. Wer man kann gekannt sein darauf, was nunmehr von Seiten der Regierung geschieht, um eine derartige Ungeheuerlichkeit zu verhindern, oder — was wohl allein in Frage kommen kann — zu führen.

Die Auszählung der Stimmzettel

Geheim-Wahlergebnisse am Mittwoch bekannt.
Die Feststellung des Wahlergebnisses wird in diesem Jahre voraussichtlich besondere Schwierigkeiten bereiten. Das Wahlergebnis, mit Ausnahme der Abstimmungsbezirke, die dementsprechend nicht wählen dürfen, ist in 22 Wahlkreise eingeteilt. Auf jeden dieser Wahlkreise treffen durchschnittlich 2000 bis 3000 Stimmzettel. In jedem dieser Wahlkreise hat der Wahlprüfer nach Abschluß des Wahlablats das Ergebnis festzustellen. Da das Ideal, namentlich in den kleineren und ländlichen Bezirken, noch am Sonntagabend möglich sein und erfolgen wird, steht nach den bei früheren Wahlen gemachten Erfahrungen dahin, obgleich diesmal der Wahltag schon zwei Stunden früher, um 6 Uhr, abends, geschlossen werden muß. Aber auch im günstigsten Falle wird das Ergebnis in den einzelnen Wahlbezirken kaum vor 11 Uhr abends zu ermitteln sein.

Die Wahlprüfer sind angewiesen, auf schnellstem Wege unter Benutzung eines bestimmten Telegrammwörterbuchs, ihre Ergebnisse dem Kreiswahlleiter zu übermitteln. Ein großer Teil der Ergebnisse wird also voraussichtlich noch im Laufe der Nacht beim Kreiswahlleiter einlaufen, oder feinstens alle Ergebnisse. Es wird also mindestens Montag vormittag werden, ehe der Kreiswahlleiter die sämtlichen Ergebnisse seines Kreises vorliegen hat. Da durchschnittlich neun bis elf Wahlprüfer in Frage kommen in deren Wissen die Stimmzettel einzutragen sind, wird das Ergebnis für den Wahlkreis frühestens Montag abend endgültig festgelegt werden können. Danach erst kann der Kreiswahlleiter das Ergebnis telegraphisch nach Berlin an den Reichswahlleiter abgeben, der die Ergebnisse bis Sonntagabend in Händen zu haben hofft, vielleicht aber auch erst in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch. Das Gesamtergebnis für das Reich wird also nicht vor Mittwoch fest festzulegen sein und erst dann veröffentlicht werden können.

Das Reichsministerium des Innern hat in diesem Zusammenhang getroffen, um auch schon Zellergebnisse — soweit irgend möglich, noch in der Nacht zum Montag — der Presse und damit der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Reichstagszusammentritt am 15. Juni?

h. Berlin, 4. Juni.
Zum Zusammentreten des neuen Reichstages wird von einer Ausrufung gemeldet: Das Reichsministerium hat sich mit der Frage des Zusammentritts des neuen Reichstages bereits befaßt und nicht möglich baldigen Zusammentritt des Reichstages festzusetzen wurde der 15. Juni. Am Tage des Zusammentritts des Reichstages wird das Ministerium dem Reichspräsidenten eine Demission unterbreiten. Man macht sich Hoffnungen, daß die Bildung des neuen Kabinetts mit Schwierigkeiten verbunden und eine neue Regierung bis zum Zusammentritt der Reichstags am 15. Juni kaum gebildet sein wird. Wenn in der nächsten Woche nach dem Bekanntwerden der endgültigen Wahlergebnisse, die am 9. Juni festliegen werden, sollen

Wahlergebnis und Bürgerkrieg

Offenbar ist die Parteien der Weichen vor allem in ganz Deutschland stark anwachsende demagogische Bewegung einzuschüchtern, wird von der Regierung und den Wehrheitsparteien fruchtlos die Drohung in allen möglichen Tonarten wiederholt, nur die Demokratie verbringe Ordnung und Ruhe, ein Sieg der Weichen bedeute den Bürgerkrieg. Es spricht sich aus dieser sinnlosen Behauptung ja nur die Angst der Wehrheitsparteien vor der Abschaffung, die das deutsche Volk mit ihnen am 6. Juni wegen ihrer Sünden vornehmen wird. Und weil die Demokraten dabei das schlechteste Gemäch haben, sie die das deutsche Volk bei den vorigen Wahlen planmäßig betrogen, so wird bei ihnen das Spiel mit dem Feuer des Bürgerkriegs besonders eifrig betrieben, trotzdem sie sich doch selbst jaagen sollten, wie leichtfertig, ja freivolentlich, es ist, in den mit Finsternis angefüllten Reichsräumen mit brennenden Unten zu hantieren. Aber ihnen gilt jedes Mittel, das etwa noch Vorteil für die Partei verpricht, mag auch das Vaterland dabei ins Verderben gestürzt werden. Daher haben sie sich die Wahlparole erkundet: Ein Sieg der Weichen würde den Bürgerkrieg bedeuten!

Wie sieht es denn in Wahrheit aus? Daß die Gefahr neuer, schwerer Unruhen droht, ist gewiß nicht zu leugnen. Das, was über die Weichen in der Weichen geäußert worden ist, die Scheuergeheimnisse aus Pommern, Schlesien usw., von der geheimen Ausrüstung gegenrevolutionärer Heere, Waffenansammlungen von Artillerie usw., das hat sich allerdings stets sehr bald als Schwindel herausgestellt. Es sind Vagenmärchen, die die Regierung und ihre Parteien ausgesprochen haben, um für ihre Wahlmacht gegen die Weichen zu heulen. Sie stellen also auch nichts weiter dar als eine andere Seite des freivolentlichen Spiels mit dem Woll des Vaterlandes zu Parteiwecken. Aber anders sieht es mit den Nachrichten über die Weichen der anderen Linien. Auch hier ist zweifellos vieles übertriebene Ausgeburt mehrerer Ueberzeugung. Doch haben die Ereignisse im Ruhrgebiet in den Märzwochen gezeigt, daß die kommunistisch-bolschewistische Propaganda über recht erhebliche und auf ausgebreitete Streikkräfte verfügt und auch über den Willen, gelegentlich loszuschlagen, um ihr Ziel, die Ausrüstung der Arbeiterpublik oder der wässigen Herrschaft des Proletariats zu erreichen. Es ist also wohl mit der Möglichkeit zu rechnen, daß wir am Wahltage oder nach den Wahlen Unruhen in großem Umfang erleben werden.

Es fragt sich nur, wie der Ausfall der Wahlen diese erste Lage beeinflussen kann. Die Behauptung, nur der Sieg der Demokratie, soll heißen: der jetzigen Regierung, höhere Ruhe und Ordnung; ein Sieg der Weichen, zumal der Sozialnationalen, bringen werde den Bürgerkrieg bringen; diese Behauptung ist nichts als eine verlogene Wehrheitsparole, wie jeder sofort erkennt, der die Tatsachen wahrheitsgemäß prüft. Daß eine sozialistisch-demokratische Regierung Ruhe und Ordnung nicht verbringen kann, hat das deutsche Volk nun anderhalb Jahre lang an seinem aus tausend Wunden blutenden Leibe erfahren müssen. Massenblutergießen, Raub, Luthschlag, Mord, Aufruhr und Brandstiftung stehen seit dem November 1918 auf der Tagesordnung. Und gegenüber der Gefahr großer gewalttätiger Erhebungen hat sich die Regierung stets unzulänglich erwiesen. Es fehlt ihr an Kraft und Entschlossenheit, um ihre Weichen, den Unruhestiftern der äußeren Linien mit harter Hand entgegenzutreten. Sie weicht vielmehr vor ihnen nach jedem kurzen Anlauf sofort wieder zurück. Das sehen wir ja jetzt eben wieder, wo die Regierung gerade in diesen Tagen, wo sich alles zur Entscheidung zubigt, die Wobdrenner im Ruhrgebiet in Freiheit setzt. Gleichzeitig aber will sie es durch ihr neues Justizhausgesetz den ordnungliebenden Elementen unmöglich machen, sich zur Abwehr von Gewalt und Verbrechen zusammenzuschließen. Klar liegt da fernern vor Augen, daß diese Regierung nicht imstande ist, einen Bürgerkrieg zu verhindern. Weicht sie am Abend, so ist vielmehr der Ausbruch unabwehrbarer Wirren so gut wie unermesslich. Nur die Erhebung der jetzigen sozialistisch-demokratischen Regierung durch eine andere, eine Regierung tüchtiger Männer mit ehrlichem Sinn und fester Hand kann uns vor dem Bürgerkrieg retten. Das bedeuete am 6. Juni ein jeder und jorge dafür, daß wir zu einem Umsturz zum Besseren kommen. Denn die Erhaltung der Demokratie, so lautet die Wahrheit, gerade die Erhaltung der jetzigen Regierung bedeutet fast unweibbar den Bürgerkrieg.

Deutschnationale Wahlleitung am Sonntag

Halle-Stadt: Alte Promenade 10. Fernruf: 5453.
Nebenstelle: 6492 (nur anzurufen, wenn 5453 besetzt).

Saalkreis: Wettinerstrasse 30. Fernruf: 4584.

Wählt Liste Hemmeter!

Die Anschriften von Kranken und Gebrochlichen, die gefahren werden müssen, sind so schnell wie möglich nach Alte Promenade 10 zu schicken.

Beamte schützt Euch vor Vergewaltigung!

Wie die jetzige Regierung ihre den Beamten und Beamtenwärtern gemauerten Verordnungen einfließt, beweist die einmündige durch die Verbeugung eines Beamten, von der wir loben Kenntnis erhalten.

Der Sachverhalt ist kurz folgender: Auf die Vorstellungen der Beamten der Finanzverwaltung, daß den jüngeren Kollegen, den sogenannten Superintendanten, durch die Anstellung der wegen Beamtenüberbegriff vom Reichsminister einberufenen Sachverständigen keinerlei Nachteile erwachsen dürften, die sie in den langen Kriegsjahren sicherlich nicht verdient hätten, wurde ihnen vom Reichsminister wiederholt die feste Zusage gegeben, daß die Superintendanten durch diese Einstellungen von Keinem aus anderen Beamten in keiner Weise gefährdet und zurückgesetzt werden sollten. Inzwischen sind nun auch wirklich einige wenige Superintendanten zu einer unglücklichen Kriegsvorgeschichte angelassen worden, wovon aber heute noch auf Mitteilung genau wie ihre Kollegen, die die Prüfung schon vor und während des Krieges ablegen konnten. Der größte Teil der unprüften Superintendanten war schon drei bis vier Jahre vor dem Kriege als Amtler in der Finanzverwaltung tätig, wurde aber infolge des Krieges nicht einberufen, sondern erst nach Württemberg aus dem Felde im Jahre 1919.

Infolgedessen fiel der weitaus größte Teil nicht unter die oben angeführte Kriegsvorgeschichte, die im April des Jahres erfolgte und zu der nur Kriegsteilnehmer, die 18 Monate zur Finanzverwaltung einberufen waren, zugelassen wurden. Dagegen ist der jetzige Oberzolldirektor Obermelland, der 1913 noch Schüler war, dann in den Justizdienst als Amtler eintrat und nach Württemberg aus dem Felde, im November 1918, den Dienst bei seiner Behörde wieder aufgenommen hat, durch Weisungsbefehl befördert worden. Im November 1919 ist er zum Reichsfinanzverwaltung übertritten. Nach viermonatiger Verwaltung ist er nun bei dieser in der nach dem 3. September 1919 zurückgenommen hatte, am 1. April d. J. zum Oberzolldirektor (II) befördert.

So ist er nun gefördert in Amt und Würden bei einem Vordienstjahre des westlichen Deutschlands, während die durchweg 25 bis 30 Jahre alten und älteren Superintendanten, die schon Jahre vor dem Kriege in der Finanzverwaltung tätig waren, jetzt die vollen Aufgaben eines planmäßig angestellten Beamten zu bewältigen haben, und das fast ungenügend. Denn das Recht gewährt ihnen nur wegen der herrschenden Verhältnisse eine ganz geringfügige „Unterstützung“, die aber in der gegenwärtigen Lage nicht zu müssen weiter die ganze Arbeitslast tragen und abzurufen, bis unsere jetzige demokratisch-sozialdemokratische Regierung, die „Freiheit und Gleichheit für alle“ auf ihr Conter geschrieben hat, sich ihrer gänzlich erinnert.

Durch diesen bescheidenen Fall dürften schon Beamten die Augen geöffnet werden, welcher Fürsorge er sich seitens der jetzigen Regierung unterer schönen, freien, demokratischen Schichten zu erfreuen hat.

Beamter! Die Wägen stehen vor der Tür! Tuar res agitur!

Wie man heute die Persönlichkeiten für die Ämter auswählt

Durch irgend einen Zufall, vermutlich ein Versehen in der Postabfertigung, ist das folgende Schreiben in die Hände eines unserer Parteimitglieder in der Provinz gekommen, der es der Öffentlichkeit übergibt, da es einen höchst lehrreichen Einblick in die Art bietet, wie unter dem heutigen Regime die Persönlichkeiten für die Ämter in der inneren Verwaltung ausgewählt werden. Das Schreiben klangvoll ist die sozialdemokratische Parteimitgliedschaft, Parteipolitik und Gefinnungsschärferei demartig, daß sich jeder Blick erblüht:

„Gannover, den 8. Mai 1920.“

Sehr geehrter Herr ...

Nach den mir gestern gemachten Mitteilungen beschäftigt das Preussische Staatsministerium nunmehr die Meinung der inneren Verwaltung der Provinz Hannover heranzuziehen. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir spätestens bis zum 14. Mai mitteilen würden, welche Kandidaten in Ihrem Bereich sich zu benennen haben, daß ihre Entzifferung wünschenswert und notwendig ist. Ich bitte hierbei anzugeben, welche

Bis in das Elend.

Vin Kampf um das Deutschtum.

Von Max Kreuz.

Wir hatten geglaubt, daß die Eltern vernünftig genug ein würden, ihre verbliebenen Mägen in Unterricht und Gaudi zu geben. Wir haben uns gründlich getäuscht — von etwa 40 Kindern, auf die wir rechneten, sind drei gekommen!

„Was sagen Sie dazu?“ fragte ich Herrn Bogdor.

Der sagte gleichmäßig die Achseln und meinte:

„Sie werden schon kommen! Wenn nicht werden sie! — Dunkel war bei dieser Rede Sinn.“

„Von anderen?“ fragte ich. „Die Schule ist doch nur für die Kinder der Weidenburger Paradenkette!“

Er schüttelte den Kopf.

„Die Schule ist für jeden, der kommen will!“

„Das war mir ja eine ganz neue Ansicht!“

Jedenfalls eine von der Art, wie die neulich mit dem Bezahlen so laute ich. „Kant oder antwortete ich: —

„Zuviel wissen wir nichts, Herr Bogdor! Und überigens — wer ist denn kommen?“

„Zwei Mäde!“

„Ja, zum Beispiel, wer denn?“

„Alle Ungarn und Polen aus der Ungarisch die in ihrem Dorte keine Schulen haben, aber die Schule in diesen wollen — sie alle werden kommen!“

„Da hand wie vertheinert.“

„Wo steht denn das gezeichnet?“ fragte ich.

„Das hohe Konvent muß das ja!“ entgegnete er ebenso lakonischer wie liegesgenüßiger Kürze.

„Die sollen sich selber eine Schule bauen!“ fragte ich auf.

„Die kommt denn die Gemeinde Weidenburg dazu?“

„Er lachte.“

„Die Gemeinde Weidenburg wird alles bezahlen — so muß es das hohe Komitat!“

Gründe für die Erhebung des Bankrotts durch eine andere Persönlichkeit sprechen, Bemerkungen darf ich hierbei, daß die Arbeit besteht, Beamte, die sich einmündig benennen haben und benötigt haben, auf ihrem Bogen zu verlassen, auch wenn sie sich nicht politisch zu den Weisheitsparaden bekennen. Es soll vor allen Dingen darauf geachtet werden, daß die lebenden Beamten unbedingt zuverlässig sind, und daß die Gewähr gegeben ist, daß sie auch in politisch schwierigen Zeiten ihre Pflicht gegenüber der verfassungsmäßigen Regierung getreulich erfüllen werden.

Falls die Abfertigung von politischen Beamten erforderlich erachtet wäre, es mir wieder sehr erwünscht, wenn mir auch andere Adressen von Seiten mitgeteilt würden, die unbedingt geeignet und bereit sind, ein politisches Amt in der inneren Verwaltung, sei es als Regierungspräsident oder Landrat, zu übernehmen. Ich darf hoffen, daß der größte Teil der Beamten unbedingt zuverlässig sind, und daß die Gewähr gegeben ist, daß sie auch in politisch schwierigen Zeiten ihre Pflicht gegenüber der verfassungsmäßigen Regierung getreulich erfüllen werden.

Nach der Sie freundlich bitten, die Mitteilung als unbedingt vertraulich zu behandeln. Mit bestem Gruß Ihr sehr ergebener

Kredite für den Wiederaufbau

Der Internationale Austausch für die Kriegswirtschaft, rum zum wirtschaftlichen Wiederaufbau tritt mit, daß die Wiederaufbaukredite für Polen, Jugoslawien, die baltischen Staaten, Armenien, Georgien, Österreich und Ungarn einbüßlich festgesetzt werden sind, und zwar namentlich in Form von Lebensmitteln, Rohstoffen und Manufakturwarenlieferungen. Diese Kredite werden gewährt von Dänemark, England, Holland, Norwegen, Schweden und der Schweiz. Frankreich wird bei seinem Parlamente Kredite verlangen, wie dieses bereits in Argentinien und Italien gefahren ist, um am Wiederaufbauprogramm mitzuwirken. Auch hofft, daß Belgien und Kanada benachteiligt teilnehmen werden. Spanien hat noch nicht geantwortet, und die Vereinigten Staaten, die sich nicht offiziell beteiligen, erleichtern die Kreditbewilligungen durch ihre Universitäts- und öffentlichen Banken, wobei auch die amerikanische gemeinnützige Aufgabe erfüllt.

Amerika — England — Japan

Die Nachrichten aus den Vereinigten Staaten lassen erwarten, daß England das Bündnis mit Japan auf Grund neuer Verhandlungen zu erneuern versucht. Es soll jedoch ein Dreier- und zwischen Japan, den Vereinigten Staaten und England gebildet werden und durch dieses Bündnis würde die Gefahr der Einseitigkeit in einem amerikanischen-japanischen Konflikt für England beseitigt werden.

Rußland und der oberste Wirtschaftsrat

Der „Daily News“ erzählt, daß sich die Verhandlungen zwischen Lord George, das sich für die Verhandlungen der Wirtschaftlichen Kommission des obersten Wirtschaftsrates des Handels bei gleichzeitiger Fortsetzung des Krieges, Wiederaufbau des Handels bei gleichzeitiger Friedenspolitik, endlich Kuffak der Frage der Handelsbeziehungen bis zur Wiederaufhebung des Handels. Das letzte Mitglied bezeichnet die „Daily News“ als die wichtigsten Wirtschaftswörter und die erste als die wichtigste.

Nach einer Sonab-Werbung aus Washington wird in Regierungszeitung erklärt, Amerika werde auf der Konferenz der internationalen wirtschaftlichen Coezien dieses mit Krawitz in Paris teilzunehmen.

Nach einer Sonab-Werbung aus New-York hat die dortige perische Gesandtschaft die Adresse erhalten, die Goldschmiede seien in Teheran eingezogen. Eine andere Sonab-Werbung aus Teheran behauptet, der Schah sei nach Persien zurückgekehrt und habe seinen Einzug in die Hauptstadt gehalten.

Nach einer Sonder-Werbung besagt die „Daily Mail“, der Staatsminister des Reiches, Lord Curzon, sei ein entscheidender Schritt der Beziehungen mit Sowjetland. Es sei mit der Möglichkeit seines Wähltritts zu rechnen.

Das Handelsdepartement hat es angelehnt, dem Studienausfluß der Handelskammern der Vereinigten Staaten Hilfe nach Maßstab zu erteilen.

Wichtigste Besonderebestimmung. Die Schiffe von Mexiko haben beschlossen, ein Drittel der Güter aus dem Krieg zu verbrennen, um die jetzt angelegene Pulvermenge zu bekämpfen.

Ja, jetzt wurde mir die Sache doch ungenügend, und Herr Stephan Bogdor selbst zur ungenügenden Persönlichkeits. Ich verabschiedete mich kurz und eilig, was mich meine Hilfe tragen, zu Harter und Ortsvorsteher, um denen alles zu berichten, was ich eben vernommen hatte.

„Die Sache steht ja fast nach einer Verschönerung!“

„Sicherlich müssen wir auf der Hut sein!“ fiel Meiner ein.

„Ich halte es für das beste, wenn wir die Parade sofort wieder schließen und abziehen lassen. Die drei Kinder, die sich zum Unterricht gemeldet haben, kann Bogdor in seinem Zimmer unterrichten.“

Warner Mathias stimmte zu, war aber der Meinung, daß man diese Pflicht doch lieber erst dem Komitat mitteilen solle, um den Schrein in Landesboden, als handle man hier in plötzlich aufbrauender Geschäftigkeit.

Wir debattierten noch über diesen Punkt, als von der Straße hier ein lautes Lärmengemurmel an unser Ohr schlug.

Wir eilten zum Fenster und sahen ein seltsames Schauspiel.

Ein großer Haufen fremder Kinder, denen man ihre ungarische oder polnische Herkunft an den ersten Blick anlesen konnte, schickte von einigen Erwachsenen, unter lauten Schreien vorüber. An der Spitze oder sah man Herrn Bogdor, der ihnen entgegenkam.

„Um Du warst vor draußen.“

„Galt!“ donnerte Meiner.

Drohend loben die erschrockenen Führer auf uns, erstaunt und verwundert die Kinder.

„Woher?“ rief der Ortsvorsteher auf ungarisch.

„In die neue Schule!“ kam die Antwort.

„Wer seid ihr, und woher kommt ihr?“

Und nun stellte ich heraus, daß die Schaar aus verschiedenen ungarischen Hochergemeinden stammte und hierher in die Schule wollte.

„Wer hat euch hierher gerufen?“ fragte Meiner wieder, während Warner Mathias und ich uns verständnisvoll anahen.

„Es ist bei uns bekanntgemacht worden.“ antwortete ein Mann, „daß alle Kinder, welche zur Schule gehen

Gerth — Siedlungsgesetz — Delius

Demokratische Blätter haben über den deutsch-amerikanischen Rechtsanwalt Gerth in Zangerhagen die Unmöglichkeit bezeichnet, dieser habe das ganze Siedlungsgebiet als Irrtum bezeichnet. Daraufhin hat Herr Gerth an die „Demokratische Vorleserlesung“ in Berlin das folgende Schreiben geschrieben:

Im Nummer 105 Ihres geschätzten Blattes vom 20. April 1920 befindet sich eine unglückliche Behauptung von mir über das Siedlungsgebiet. Ich bin Grund des § 11 des Siedlungsgesetzes erlaube ich Sie, die nachstehende Berichtigung zu bringen:

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

„In jener demokratischen Verdingung, die von Abgeordneten des Reiches abgehalten wurde, äußerte sich ein Vertreter des Thüringer Bauernbundes aus Gießen, der auf mich anlässlich des Vortrags lein in Oberhessing am 20. April 1920, bereits ein geschicktes Wort zu bringen.“

Die Gemeinverteilung des Parochialverbandes evange- lischer Gemeinden in Salle hier am 3. Juni Abends 27 Uhr die diesjährige ordnungsmäßige Tagung unter dem Vorsitz des Superintendenten W. v. H. ...

Führungen durch die herrlichen Ruhestätten Halle. Professor Jäger unternimmt regelmäßige Führungen durch die herrlichen Ruhestätten ...

Die Demonstration der reaktionären Parteien am heutigen Sonntag nach dem 'Vollstoll' ...

Familien-Nachrichten

Verlobung: Anne Göbde und Ferdinand Jinte. Todesfälle: Am 3. Juni Hermann Flügel ...

Provinz Sachsen

Der Zeiger Landfriedensbruch

Ein Gegenstück zum Kaiser-Prozess. Vor dem Schwurgericht in Rumburg wird gegenwärtig gegen 45 Personen aus Zeig und Umgebung verhandelt ...

d. Wittenberg, 4. Juni. (Eine Harzbesuche deut- schenationale Bäckervereinigung) ...

Wesensartung der Kreisfornelle und durch Vermittlung der Parteiführer ...

Außer diesem Vorkommis sind auch in der Bevölkerung ...

Diese Gemeindefürerinnen betonen bei den kontrollierten ...

Stimmzettel

der Deutschnationalen Volkspartei.

- 1. Gemeier, Emil, Direktor der Landwirtschaftlichen Winter- feld in Giffersroda. 2. Leopold, Bernhard, Bergarbeiter a. D. Bergwerksdirektor in Halle a. S. ...

Die Deutschnationalen Volkspartei gibt zwei Arten von Stimmzetteln heraus ...

anderen Wärdern der Arbeit ist dies geschehen, so bei den Herren Ziel, Schmalz, Heide und Hoffmann ...

Sozialistische Theorie und Praxis. Das Wort 'Kraus und Müller' ...

Die Angelegenheiten betreffen bei ihrer Vernehmung natürlich ihre Unschuld ...

Der Grund für den Feind. Die internationalen Kleinan- forschung hat neuerdings angeordnet ...

angewandten, so daß die Dienststunden trotz großer Ermüdung ...

Nichts zuerlern!

Der heilig lebenden Volkspart kommen immer wieder ...

Unzulässig, aber kriegswirtschaftlich!

Ein Berliner Brief schreibt: Ein deutscher Mann in China hat aus Mitleid mit der langen ...

Die Einfuhr von Kradeln kann offensichtlich nicht ...

Siedlerwünsche an das Reich

Mit dem Reichsfeierabend in Dresden wurden die Herden, die die Siedler an die Regierung und den Deutschen ...

Die Erfüllung dieser Forderungen wird noch eine Zahl ...

Sozialdemokratische Brotwucherer

Bekanntlich ist, dank der Folgen unserer proklamirten ...

